Entwurf - Grobraster

AKTIONSPROGRAMM „SAUBERES UND SICHERES SCHWERIN“

I. Anlass

Die Stadtvertretung hat am 20.10.2008 in ihrer 48. Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt 11 folgendes beschlossen:

- I.1.** Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtvertretung bis zur Sitzung am 8.12.2008 Vorschläge für ein Aktionsprogramm „Sauberes und sicheres Schwerin“ vorzulegen. Das Aktionsprogramm stellt ein umfassendes Maßnahmenpaket zur sofortigen und nachhaltigen Verbesserung der öffentlichen Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in der Landeshauptstadt dar. Das Aktionsprogramm ist nach Einbringung mit den Gremien der Stadtvertretung sowie den Ortsbeiräten und nach Möglichkeit unter Bürgerbeteiligung abzustimmen und sodann der Stadtvertretung zur Sitzung am 26.1.2009 zur Beschlussfassung vorzulegen. Beginnend mit dem 1.2.2009 wird das Aktionsprogramm schrittweise umgesetzt und konsequent eingehalten.

Im Einzelnen wird der Oberbürgermeister beauftragt:

1. Durch geeignete organisatorische Maßnahmen (z. B. Einrichtung Projektgruppe oder Stabstelle) ist sicherzustellen, dass die Umsetzung des vor bezeichneten Grundsatzbeschlusses und die Abarbeitung der nachfolgenden Einzelmaßnahmen eine hohe Priorität erhält, so dass zeitlich und inhaltlich alle Vorgaben der Stadtvertretung in hoher Qualität umgesetzt werden.
2. Bestehende Verwaltungsregelungen und -verfahren in Schwerin zur Gewährleistung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in Schwerin sind kritisch auf ihre Wirksamkeit hin zu analysieren.
3. Es sind Ursachen zu benennen, warum bestehende Regelungen und Verfahren der Verwaltungspraxis in der Vergangenheit nicht zu den gewünschten Erfolgen führten.
4. Ausgehend davon sind detaillierte Vorschläge zu unterbreiten, wie die objektiv unzureichende öffentliche Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit verbessert werden kann.
5. Zur Umsetzung der Vorschläge nach Nr. 4 ist darzulegen, welche verwaltungsseitigen Vorkehrungen dafür erforderlich sind, insbesondere, welche Personal- und Sachmittel im Haushalt der Landeshauptstadt und/oder in den Wirtschaftsplänen der städtischen Eigenbetriebe und Gesellschaften umgeschichtet werden müssen.

6. Die einzelnen Maßnahmen sind mit Prioritäten, Zeitvorgaben und Zuständigkeiten zu versehen.
7. Zur Sitzung der Stadtvertretung am 4. Mai 2009 ist der Stadtvertretung ein Zwischenbericht zur Umsetzung des beschlossenen Maßnahmenpaketes vorzulegen.
In der Begründung des Beschlusses vom 20.10.2008 sind einige Beispiele aufgeführt, die in dieses Konzept aufgenommen und um weitere Stichworte ergänzt wurden.

- I.2.** Darüber hinaus hat die Stadtvertretung am 26.02.2007 zum Tagesordnungspunkt 12 Folgendes beschlossen:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung eines Schweriner Bündnisses gegen illegale Graffiti nach dem erfolgreichen Kieler Modell „Klar Schiff“ zu prüfen und vorzubereiten.

II. Status Quo

- II.1.** Für die Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Schwerin arbeiten verschiedene städtische Behörden, Landesbehörden, Unternehmen im Auftrag und zum Teil städtischer Beteiligung sowie der Bürger, den ebenfalls Aufgaben übertragen worden sind (z. B. der Streudienst im Winter auf Fußwegen).

Der Stadtvertretungsbeschluss nennt einige Beispiele für Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die durch verschiedene Stellen wahrgenommen werden:

- Hundekot:
Die Beseitigung von Hundekot auf öffentlichen Flächen erfolgt durch die SDS (Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Schwerin), die ein Betrieb der Landeshauptstadt Schwerin ist.
- Graffiti:
Die Präventionsarbeit im Bereich Graffiti erfolgt durch den Präventionsrat, der durch das Jugendamt der Landeshauptstadt Schwerin betreut wird.
Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach der Graffiti-Verordnung erfolgt durch das Ordnungsamt; Straftaten im Bereich Graffiti (Sachbeschädigungen) werden durch die Staatsanwaltschaft verfolgt.
- Wilde Müllecken:
Dies fällt wie der Bereich Hundekot in den Bereich der SDS.
- Baumfrevel:
Zuständigkeit des Bereichs Naturschutz im Amt für Bauen, Denkmalpflege und Naturschutz.
- Schadhafte, dreckige Straßen, Wege und Plätze:
Zuständigkeit des Amtes für Verkehrsmanagement.

- **Raserei:**
Die Geschwindigkeitsüberwachung im städtischen Verkehr kann sowohl von der Stadt als auch von der Polizei verfolgt werden. Soweit die Stadt tätig wird, erfolgt die Geschwindigkeitsüberwachung durch den KOSD (Zugehörigkeit zum Amt für Ordnung und Umwelt), welcher die Vorgänge der Bußgeldstelle (Sachgebiet im Amt für Ordnung und Umwelt) zuarbeitet.
- **Ruhestörender Lärm:**
technischer Umweltschutz:- Verkehrslärm, Gewerbelärm, Freizeitlärm, Sportanlagenlärm, Lärm in der Bauleitplanung, Baulärm
Gewerbeabteilung:- Diskotheken- und Gaststättenlärm
Allgemein:- verhaltensbedingter Lärm
- **Absicherung von Baustellen:**
Aufgabe des Bereiches Verkehrsmanagement.
- **Alkoholmissbrauch:**
Die Präventionsarbeit erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten durch das Jugendamt, soweit auch Kinder, Jugendliche und junge Heranwachsende betroffen sind, sowie durch das Gesundheitsamt (Abteilung des Bürgeramtes). Die Einhaltung der Vorschriften des Jugendschutzgesetzes durch Gaststätten und Diskotheken erfolgt durch den KOSD und die Gewerbeabteilung des Amtes für Ordnung und Umwelt in Zusammenarbeit mit der Polizei und ggf. weiteren Behörden (Zoll).

Darüber hinaus gibt es weitere im Stadtvertretungsantrag nicht genannte Beispiele, die zu einer Gesamtbetrachtung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ebenfalls gehören:

- **Brandschutz:**
Wahrgenommen durch die hauptamtliche Feuerwehr (Amt 37) und die freiwilligen Wehren.
- **Katastrophenschutz:**
Ebenfalls durch die Feuerwehr wahrgenommen.
- **Pandemievorsorge:**
Gesundheitsamt federführend.

II.2. Begriffsdefinition:

Unter öffentlicher Sicherheit im Sinne einer Gefahrenabwehraufgabe wird der Schutz der objektiven Rechtsordnung und der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen sowie der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates und der sonstigen Träger der Hoheitsgewalt verstanden.

Der Begriff der öffentlichen Ordnung im Sinne des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechtes ist die Gesamtheit der ungeschriebenen Regeln für das Verhalten des Einzelnen in der Öffentlichkeit, deren Beachtung nach jeweils herrschenden Anschauungen als unerlässliche Voraussetzung eines geordneten staatsbürgerlichen Zusammenlebens betrachtet wird. Bei diesen Regeln handelt es sich nicht um Rechtsnormen.

Viele Bundesländer haben das Schutzgut „Öffentliche Ordnung“ als gesetzliche Ermächtigungsgrundlage abgeschafft. Ein Einschreiten gegen die Verletzung der „guten Sitten“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ wird stattdessen immer mehr im Rahmen von Spezialgesetzen (z. B. bei gewerberechtigten Erlaubnissen für Veranstaltungen) geregelt. Nur noch Einzeltatbestände werden als „Verstöße gegen die öffentliche Ordnung“ (§§ 116 ff. OWiG, Bundesgesetz!) geregelt.

In Mecklenburg-Vorpommern regelt § 1 Abs. 1 des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, dass das Land, die Landkreise, die kreisfreien Städte, die Ämter und die amtsfreien Gemeinden die Aufgabe haben, von der Allgemeinheit oder dem Einzelnen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird. Zu dieser Gefahrenabwehr gehört auch der Schutz privater Rechte, wenn gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist und ohne die Hilfe die Gefahr besteht, dass die Verwirklichung des Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert wird (§ 1 Abs. 3 SOG M-V). Die Gefahrenabwehr wird von den Kommunen als Landesaufgabe im übertragenen Wirkungskreis wahrgenommen (§ 1 Abs. 4 SOG M-V). Die kommunalen Behörden als untere Ordnungsbehörden sind für die Gefahrenabwehr zuständig soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist (§ 4 Abs. 1 SOG M-V). In die sachliche Zuständigkeit der Polizei fällt die Feststellung und Ermittlung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und die anschließende Unterrichtung der zuständigen Ordnungsbehörde sowie die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung in den Fällen, die so eilbedürftig sind, dass die zuständige Ordnungsbehörde nicht rechtzeitig eingreifen kann (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 – 3 SOG M-V). Darüber hinaus obliegt der Polizei die Ermittlung von Straftaten als so genannten Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Der so genannte „fließende Verkehr“ kann gemäß Erlass für Verkehrsordnungswidrigkeiten in Mecklenburg-Vorpommern von der Ordnungsbehörde zwar kontrolliert werden, Eingriffsmöglichkeiten hat jedoch nur die Polizei.

Beispiel: Das Fahren eines Radfahrers in der Fußgängerzone, in der das Radfahren verboten ist, berechtigt die Ordnungsbehörde nicht, den Radfahrer anzuhalten. Der Polizei ist ein solcher „Eingriff“ jedoch rechtlich möglich. Die Ordnungsbehörde könnte nur einen sich nicht mehr im fließenden Verkehr befindlichen Radfahrer auf sein rechtswidriges Handeln ansprechen und damit die Voraussetzung für die Ahndung schaffen. Tatsächlich ist der Ordnungsbehörde so eine effektive Verfolgung dieser Rechtsverletzung nicht möglich.

Zur Durchsetzung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienen die bestehenden gesetzlichen Regelungen wie z. B. SOG, Landesbauordnung, Bundesimmissionsschutzgesetz, StVO und andere.

Für andere Bereiche der öffentlichen Ordnung hat die Stadt nachfolgend eigene Rechtsgrundlagen in Form von Satzungen erlassen.

- Straßenreinigungssatzung Schwerin
- Straßensondernutzungssatzung
- Werbesatzung
- Schweriner Hundeverordnung
- Hundesteuersatzung der Landeshauptstadt Schwerin
- Hausmüllentsorgungssatzung Schwerin
- Abwassersatzung

Weitergehende Verwaltungsregelungen bestehen nicht.

Die hier enthaltenen Regelungstatbestände sind entsprechend anzuwenden.

II.3. Probleme:

Neben den oben geschilderten rechtlichen Grenzen kommunaler Kompetenzen liegen weitere Ursachen in dem Mangel an ausreichendem Personal und entsprechenden finanziellen Mitteln:

Hinsichtlich des Personals hat sich die Situation im KOSD als der für die Umsetzung eines solchen Aktionsprogramms im Wesentlichen verantwortlichen Organisationseinheit kontinuierlich verschlechtert.

Von den seit der Einrichtung des KOSD im Jahr 2003 insgesamt 42 eingesetzten Einsatzkräften (hier eingeschlossen 11 Sicherheitskräfte aus dem Sonderprogramm des Bundes zum Wiedereinstieg von Langzeitarbeitslosen in die Beschäftigung) sind derzeit noch 25 Vollzugsbeamte (= 23,5 VBE) im 2-Schicht-System im Einsatz. Das heißt, abzüglich 2 MitarbeiterInnen die in der Zentrale des KOSD arbeiten, stehen für 2 Schichten 21,5 VBE zur Verfügung, mit der Arbeitszeit entsprechend des Haustarifvertrages (36,5 h).

Eine Unterstützung des KOSD durch flankierende Maßnahmen seitens der ARGE wie sie seit 2005 bestanden, ist nicht mehr gegeben, da eine Weiterbewilligung abgelehnt wurde. Ebenso wurde der Antrag zur Bewilligung von Kommunalkombi abgelehnt.

Das Aufgabenspektrum des KOSD hat sich seit Bestehen jedoch kontinuierlich erweitert.

Für den tatsächlichen Dienst ergibt sich eine Kapazität von 11 Vollzugsbeamten für den jeweiligen Einsatz in der Früh- und Spätschicht.

2 – 3 Vollzugsbeamte entfallen jeweils auf die mobile Geschwindigkeitsüberwachung und 1 Vollzugsbeamter bearbeitet die Filme und überwacht die technischen Anlagen, so dass für den Einsatz im Streifendienst 7 Vollzugsbeamte (nominell) zur Verfügung stehen.

Abzüglich Krankheit und Urlaub (56 Tage jährlich je Mitarbeiter) kommen täglich je Schicht max. 4 – 5 Vollzugsbeamte zum Einsatz. Da jeweils Doppelstreifen gebildet werden, sind im gesamten Stadtgebiet der Landeshauptstadt Schwerin mithin 2 Doppelstreifen im Einsatz.

Bereits hier wird deutlich, dass das bestehende Aufgabenspektrum des KOSD nur noch in deutlich reduziertem Umfang erfüllt werden kann.

Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation und dem vorhandenen Personalbestand der Verwaltung ist es allerdings schwierig, hier kurzfristig die entsprechend benötigten Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Das Hauptverwaltungsamt und das Fachamt arbeiten hier konzentriert zusammen.

Neben der Personalproblematik wird der sächliche und technische finanzielle Aufwand für über das bisherige Volumen hinausgehende Maßnahmen zu ermitteln und in der Folge zu prüfen sein, wie im bestehenden Haushalt diese Mehraufwendungen kompensiert werden können.

Soweit freiwillige Aufgabenwahrnehmung - Problem vorläufige Haushaltsführung, Haushaltssperren, Haushaltskonsolidierung

III. Maßnahmen

Die nachstehenden Maßnahmen sind in ihrer Realisierung davon abhängig, dass notwendige Voraussetzungen in personeller und finanzieller Hinsicht geschaffen werden:

III.1. Brand- und Katastrophenschutz:

Das Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst schlägt im Rahmen dieses Aktionsprogramms die nachstehend aufgeführte Maßnahme „Aktion Rauchwarnmelder“ vor.

Die aktuelle Landesbauordnung M-V schreibt vor, dass in Wohnungen die Schlafräume, Kinderzimmer und Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen führen, jeweils mindestens einen Rauchwarnmelder aufweisen müssen. Für Neubauten ist die Ausstattung bereits jetzt vorgeschrieben. Bestehende Wohnungen sind bis zum 31. Dezember 2009 durch den Besitzer entsprechend auszustatten.

Somit ist mit Beginn des Jahres 2010 der Einsatz von Rauchwarnmeldern landesweit pflichtig umzusetzen. Mit der Installation von Rauchwarnmeldern ist eine frühzeitige Erkennung von Bränden möglich. Dies kann Leben retten und Sachschäden vermindern. Ca. ein Drittel aller Brände in der Landeshauptstadt Schwerin sind Brände in Gebäuden.

70% aller Brandopfer in der Bundesrepublik Deutschland verunglücken nachts in den eigenen vier Wänden!

95% aller Brandtoten in Bundesrepublik Deutschland sterben an den Folgen einer Rauchvergiftung!

Durch die Aktion Rauchwarnmelder soll die Öffentlichkeit zum Thema Früherkennung von Bränden sensibilisiert werden. Von der Früherkennung

profitieren die Wohnungsnutzer als auch die Vermieter. Deshalb soll die Aktion auch so angelegt sein, dass Kenntnisse über die Rechte und Pflichten der Wohnungseigentümer, der Vermieter und der Wohnungsnutzer vermittelt werden. Dazu ist eine Auftaktveranstaltung am 25.06.2009 vorgesehen. Unter Einbeziehung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und der Auswertung von Bränden kann eine breite Medienarbeit erreicht werden, wobei im Bedarfsfall auch eine Beratung vor Ort angeboten werden sollte. Die Maßnahme ist durch Sponsoren mitzufinanzieren.

Die Realisierung und Überwachung wird durch das Amt für Brand, Katastrophenschutz und Rettungsdienst federführend zu leisten sein.

III.2. Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

a) Überwachung des fließenden Verkehrs:

Die Überwachung wird sowohl durch die Polizei als auch den KOSD wahrgenommen. Über einen Erlass des Innenministeriums ist geregelt, in welcher Form und wo die Überwachung zu erfolgen hat.

Sofern die personellen Ressourcen vorhanden sind, ist die Umsetzung dieser Aufgabe gewährleistet, zumindest in den Schwerpunktbereichen.

So werden aber auch präventive Messungen vorgenommen, die beispielsweise auf Anfragen von Ortsbeiräten hier erfolgen, wo durch die subjektive Wahrnehmung der Eindruck entstanden ist, dass Fahrzeugführer sich entsprechend ordnungswidrig verhalten. Ordnungsamt und Polizei informieren sich hier gegenseitig über ihre Einsatzorte und -zeiten.

b) Maßnahmen zur Verbesserung des Straßen- und Wegezustands (bauliche Maßnahmen), Absicherung von Baustellen:

Hier Zuarbeit durch 69 eins zu eins übernehmen

III. 3. Jugendschutz:

Aktionsprogramm "Sauberes und sicheres Schwerin Zuarbeit des Fachamtes zum Thema Jugendschutz

1. Ziele und Zielgruppen des Kinder- und Jugendschutzes

Das Bedürfnis der Menschen, sich selbst und ihren unmittelbaren Lebensraum zu schützen ist groß. Jugendschutz soll dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche nicht durch einzelne Personen, gesellschaftliche Gruppen oder gesamtgesellschaftliche Erscheinungen in ihrer Entwicklung gestört oder geschädigt werden, ehe sie es gelernt haben, Gefährdungen selbst zu erkennen und entsprechend zu handeln. Die Lebenssituation von jungen Menschen soll durch unterstützende Maßnahmen verbessert, die Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung gefördert und persönliche Kompetenz (soziale, moralische, kommunikative und kognitive Kompetenz) und soziale Integration unterstützt werden. Darüber hinaus sollen an der "Erziehung" beteiligte Personen und Personengruppen für Krisensituationen, Gefährdungspotenziale und Notlagen junger Menschen sensibilisiert

werden. Somit können folgende Zielgruppen des Kinder- und Jugendschutzes benannt werden:

- Kinder und Jugendliche
- Eltern und andere Erziehungsberechtigte
- sozialpädagogische Fachkräfte, Lehrer
- Kirchengemeinden, Geistliche
- Multiplikatoren
- Mitarbeiter in Verwaltungen
- Gewerbetreibende
- Öffentlichkeit

In der Regel werden Kinder und Jugendliche am besten durch ihre Eltern und Familien geschützt und gefördert. Im Zusammenspiel mit pädagogischen und sozialpädagogischen Fachkräften können Gefährdungsmomente während der direkten Einflussnahme dezimiert und Aspekte des Kinder- und Jugendschutzes vermittelt werden. Es ist nach wie vor zu beobachten, dass vor allem Eltern und Sorgeberechtigte im Umgang mit Erscheinungsbildern im Zusammenhang mit Alkohol, Drogen, Gewalt, extremistischen Gruppierungen, Medikamentenmissbrauch, Sekten und destruktiven "Kulten", Sexualdelikten, Kindesmisshandlungen sowie mit neuen Medien wie Computer, Internet etc. unsicher bzw. ratlos sind. Gruppenpsychologische Verhaltensweisen, Sich - nicht - verstanden - fühlen, persönliche, schulische und berufliche Probleme sowie soziale Komponenten im direkten Lebensumfeld können Hintergründe dafür sein, sich auf neue "Herausforderungen" einzulassen, sich abzukapseln, sich neue Idole zu suchen, auch auf die Gefahr hin, sich seelisch, moralisch und gesundheitlich zu überfordern. Kinder und Jugendliche sowie die Erwachsenenwelt benötigen dann Hilfestellungen, die sich nicht nur in der Veröffentlichung von Gesetzestexten erschöpfen dürfen. Gesetze (insbesondere das Jugendschutzgesetz) bewirken nur dann etwas, wenn sie von den Erwachsenen akzeptiert und gelebt werden und ihre Einhaltung auch von den zuständigen Stellen konsequent kontrolliert wird. Erfolgreicher Kinder- und Jugendschutz in seiner gesamten Vielfalt bedingt in erster Linie die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen und muss gemeinsam von allen Verantwortungsträgern wahrgenommen werden. Er kann nicht durch einzelne Institutionen im Alleingang mit Leben erfüllt werden.

Das Jugendamt sieht sich als Partner aller Personen oder Personengruppen, die auch im weitesten Sinne von bestehenden Jugendschutzgesetzen tangiert werden.

2. Grundlagen

Der Kinder- und Jugendschutz basiert auf unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen.

Diese sind im Einzelnen:

- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG), Artikel 1, 2 und 6
- Sozialgesetzbuch VIII, Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Paragraph 14
- Jugendschutzgesetz (JUSchG)

- Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)
- Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV)
- Betäubungsmittelgesetz (BtmG)
- Strafgesetzbuch (StGB)

Ferner existieren weitere rechtliche Bestimmungen mit jugendschutzrelevanten Bezügen, wie:

- Gaststättengesetz
- Gewerbeordnung
- Ordnungswidrigkeitengesetz (OwiG)
- Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz

3. Aufgabenfelder

- Gesetzlicher (eingreifender) Kinder- und Jugendschutz
- Erzieherischer, präventiver Kinder- und Jugendschutz
- Struktureller Kinder- und Jugendschutz

Der *gesetzliche (eingreifende) Kinder- und Jugendschutz* ist Aufgabe des Ordnungsamtes (Kontroll- und Sanktionsfunktion des Ordnungs- und Gewerbeamtes, und der Polizei) und der Jugendbehörde auf kommunaler und Landesebene (Indizierungen, Ausnahmeregelungen JArbSchG und JUSchG).

Unter *erzieherischem Kinder- und Jugendschutz* sind alle präventiven und pädagogischen Aufgaben mit Bezug zum Kinder- und Jugendschutz als Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe erfasst (§ 14 SGB VIII KJHG), das heißt, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist Aufgabe aller Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe. Das Jugendamt als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat dafür die erforderlichen Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bereit zu halten und sucht dazu die Zusammenarbeit mit Trägern der freien Jugendhilfe.

Der *strukturelle Kinder- und Jugendschutz* umfasst u. a. die Bemühungen, die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen bedürfnisgerecht und gefahrenminimierend zu gestalten.

4. Erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes und deren Handlungsfelder

Übergreifendes Ziel des Kinder- und Jugendschutzes ist der erzieherische, präventive Jugendschutz, also die Vorbeugung gegen mögliche Gefährdungen. Ziel dieser Bemühungen ist es, die Rechte und Chancen von Kindern und Jugendlichen auf eine positive Entwicklung zu sichern und die Erziehung zu einer eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu fördern. Dies bezieht alle Aspekte der Entwicklung, wie die körperliche, geistige, seelische und soziale Komponente ein. Alle Maßnahmen des erzieherischen, präventiven Kinder- und Jugendschutzes sollen öffentlich sichtbar und wirksam sein sowie breite Schichten der

Bevölkerung ansprechen. Sie sollen vor allem junge Menschen dazu befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie in ihrer sozialen Kompetenz zu stärken. Die Ganzheitlichkeit von Prävention sollte im Mittelpunkt stehen, also die Sicht auf komplexe Zusammenhänge und nicht auf eindimensionale Erklärungsversuche in bestimmten Lebensbereichen. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist dabei die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Für die

Partizipation innerhalb von Projekten des erzieherischen, präventiven Kinder- und Jugendschutzes ist es u. a. notwendig, dass

- kind- und jugendgerechte Methoden angewendet werden,
- Formalisierung weitgehend ausgeschlossen wird,
- partnerschaftliche Begleitung und Anwendung geboten werden,
- Kinder und Jugendliche nicht von Erwachsenen dominiert werden,
- Beteiligung erkennbare Folgen hat,
- Öffentlichkeit hergestellt ist,
- die Bereitschaft Erwachsener erkennbar ist, auch von Kindern und Jugendlichen zu lernen,
- offene und projektorientierte Formen umgesetzt werden (z. B. Kinder- und Jugendforen, Zukunftswerkstätten etc.).

Des Weiteren sollten hinsichtlich einer notwendigen Informations- und Aufklärungsarbeit verstärkt Angebote an Erziehungsträger gerichtet sein. Diese können bei entsprechendem Engagement eine Multiplikatorenfunktion ausüben. Qualifizierte Arbeit auf dem Gebiet des erzieherischen, präventiven Kinder- und Jugendschutzes heißt:

- Problem-, Gefahren- und Ursachenanalyse, resultierend aus Kontakten zu Jugendlichen und Erziehungsträgern bzw. zur Öffentlichkeit,
- Zusammenarbeit mit Fachkräften auf Stadt-, Landes- und Bundesebene im Hinblick auf Projektkonzipierung sowie auf organisatorische und thematische Verfahrensweisen bei der Projektdurchführung, -begleitung und -evaluation,
- Nutzung vorhandener Kooperationsbeziehungen,
- zielgruppenbezogene Methodenfindung in der Präventionsarbeit,
- Gewinnung von qualifizierten Lektoren

5. Schlussfolgerungen

Kinder- und Jugendschutz als Bestandteil der Jugendhilfeplanung

In allen Sozialräumen (künftig in den drei Planungsbezirken) sollte in Verantwortung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Angebote des Kinder- und Jugendschutzes, eine Beschreibung der relevanten Handlungsfelder und eine Bedarfserhebung vorgenommen werden, um eine kurz-, mittel- und langfristige Planung zu ermöglichen.

Regionale Vernetzung, Arbeitsgruppen und Arbeitskreise

Für eine erfolgreiche präventive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist es notwendig, sie in ihren verschiedenen Lebensbereichen ansprechen zu können. Dazu ist der ggf. auch ämterübergreifende Austausch, z.B. aus den Bereichen Schule, Jugendgesundheitsdienst u. ä. sinnvoll, dies vor allem unter dem Aspekt der Koordination und Information.

Das Amt für Ordnung und Umwelt (Gewerbeabteilung) und die Polizei arbeiten eng im Rahmen des gesetzlich (eingreifenden) Jugendschutzes zusammen. Bereits in den letzten Jahren fanden regelmäßig Gaststätten- und Diskothekenkontrollen statt. Für das Jahr 2009 wird gegenwärtig an einem Einsatzplan mit Kontrollschwerpunkten gearbeitet. Eine Veröffentlichung dieser Unterlagen wird aus ermittlungstaktischen Gründen nicht erfolgen.

III.4. Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes:

Hier Zuarbeit durch 32.2 in Bezug auf Lärmschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz und ggf. weitere Aspekte gemäß Rechtsprechung stärkere Anforderung an die Prüfung von Lärmimmission von Einrichtungen (Hamburger Kita-Urteil).

III.5. Maßnahmen zur Verbesserung der Sauberkeit:

a) Die SDS als zuständiger Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Schwerin ist hier federführend.

Vor dem Hintergrund eines hohen finanziellen Aufkommens wird Schwerpunkt in diesem Bereich für das Jahr 2009 zunächst das Bewirtschaftungskonzept zur BUGA 2009, das diesem Entwurf als Anlage beigefügt ist, sein. Aus dem finanziellen Mehraufwand dieses Konzeptes wird zu ermitteln sein, welche Auswirkungen ein entsprechendes auf Dauer angelegtes Konzept zeigt.

b) Sonderfall Graffiti:

Für den Sonderfall „Graffiti“ wird ein gesondertes Konzept erarbeitet. Im Gespräch mit der Stadtverwaltung Kiel wurde das sogenannte „Kieler Modell“ erörtert. Auch mit der Polizei fanden bereits mehrere Gespräche statt, um zu einem abgestimmten Graffitibekämpfungskonzept zu gelangen. Die Polizei hat bereits ein fertiges Konzept aus polizeilicher Sicht erstellt. Erste Überlegungen für eine städtische Konzeption liegen ebenfalls vor. Es soll in den nächsten Gesprächen erreicht werden, die Konzepte aufeinander abzustimmen und in ein gemeinsames Konzept zu integrieren. Ein gemeinsames Treffen mit weiteren Beteiligten (Staatsanwaltschaft, Berufliche Schulen Technik sowie Gewerbe, Gartenbau und Sozialwesen, Haus- und Grundbesitzerverein, Lokale Agenda e.V., Pro Schwerin e.V.) hat im Sommer 2008 stattgefunden. Im Januar 2009 soll eine weitere Gesprächsrunde folgen, zu der weitere Partner (Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Wohnungsgesellschaften) ebenfalls eingeladen werden. Es ist Ziel, zur Bundesgartenschau 2009 mit den beschränkten zur Verfügung stehenden Mitteln zumindest im BUGA-relevanten Bereich deutlich wahrnehmbare Verbesserungen zu erreichen.

III.6. Allgemeine ordnungsbehördliche Maßnahmen

- Leinenzwang für Hunde (Hundehalterverordnung)
- Freilaufflächen (Prüfaufträge)
- Tierheimbetreibung

III. 7. Gaststätten- und gewerberechtliche Maßnahmen

- Alkoholverbotssatzung oder –verbotsverfügung
- Flatrate-Partys
- Straßenmusikanten
- Sicherheitskonzept für Großveranstaltungen
- Nichtraucherchutz
Die Einhaltung des Nichtraucher-schutzes nach dem
Nichtraucherschutzgesetz M-V wird gegenwärtig nur anlassbezogen
geprüft (Beschwerden).

III.8. Allgemeine und sonstige Maßnahmen:

Eine „Ordnungsfibel“ mit dem Titel „Bürgerratgeber der Landeshauptstadt Schwerin“, die als kleines Nachschlagewerk alle Fragen vom Thema A wie Abfälle bis / wie zugewachsene Straßen beantworten soll, wird noch vor Beginn der BUGA 2009 als Druckerzeugnis und über das Internet allen Haushalten der Landeshauptstadt Schwerin zugänglich gemacht.

Weitere Ideen werden gegenwärtig geprüft:

- z. B. – Quartierhelfer – nach dem Beispiel der Stadt Bielefeld

Das Amt für Ordnung und Umwelt befindet sich schon jetzt in regelmäßigen Abstimmungen mit der Polizei. Es wird angestrebt, diese Zusammenarbeit auch formal als „Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizei und der Landeshauptstadt Schwerin“ zu besiegeln. Darüber hinaus werden die Kontakte zu anderen Sicherheitsbehörden (zum Beispiel Bundeswehr) intensiviert.

Im Rahmen der geplanten Verwaltungsstrukturreform in der Landeshauptstadt Schwerin werden Aufgabenzuschnitte und Verfahren zwischen den Ämtern (zum Beispiel bei wassergefährdenden Unfällen die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Unterer Wasserbehörde) überprüft.